

Gemeinsame Erklärung der Ärztekammer des Saarlandes und der Kassenärztlichen Vereinigung Saarland als Körperschaften des öffentlichen Rechtes zur Stärkung der Selbstverwaltung im Gesundheitswesen

Im Vergleich zu einem staatlichen oder rein privatwirtschaftlich organisierten Gesundheitswesen sichern die Organe der Selbstverwaltung in Deutschland eine Versorgung auf hohem medizinischem Niveau für alle Gruppen unserer Bevölkerung.

Durch Eingriffe der staatlichen Organe in die Funktionsabläufe der Körperschaften der gemeinsamen Selbstverwaltung wird deren Entscheidungskompetenz zunehmend eingeschränkt und damit gelähmt. Immer mehr wird immer detaillierter im Gesetz geregelt, auch ohne ein Einverständnis der Körperschaften. Parallel hierzu werden von den staatlichen Organen zunehmend Zweifel an der Funktionsfähigkeit der Selbstverwaltung geäußert.

Es fehlt ein gemeinsam geteiltes Verständnis von Selbstverwaltung als gestalterische Kraft im Gesundheitswesen.

Vor dem Hintergrund der enormen Probleme, die durch die demographische Entwicklung und den Fachkräftemangel auf das Gesundheitswesen zurollen, muss es möglich sein, das Gesundheitswesen zu gestalten und nicht nur zu verwalten.

Unsere Forderungen sind daher:

1. Die Politik soll bei Aufträgen an die gemeinsame Selbstverwaltung weniger Regelungen im Gesetz treffen und mehr Spielräume für Verhandlungen zulassen.
2. Wir fordern eine Stärkung des Subsidiaritätsprinzips, d.h. Entscheidungen, die nicht zwingend auf Bundesebenen getroffen werden müssen, sollen an der lokalen Versorgung auf Länderebene ausgerichtet werden können.
3. Die Aufsicht über die Krankenkassen muss regionalisiert werden, da Länderaufsichten im Gegensatz zum Bundesamt für Soziales näher am Patienten und daher eher lösungsorientiert und weniger problemorientiert sind.
4. Es braucht mehr Wettbewerb zwischen den Krankenkassen um die beste Versorgung. Derzeit bestimmt die schwächste und langsamste Krankenkasse das Tempo. Notwendige Fusionen werden durch den Risikostrukturausgleich verhindert.
5. Die einzelnen Krankenkassen brauchen mehr Einfluss beim GKV-Spitzenverband. Die Dauerblockade des GKV-Spitzenverbandes (Forderung der Nullrunde für Vertragsärzte seit Jahren) macht den Erfolg der gemeinsamen Selbstverwaltung praktisch unmöglich. Die Patientenversorgung und nicht Beitragsstabilität muss wieder in den Vordergrund treten.